

Humanistische Union

Vom "Kern ihres Verderbens"

1989 aus totalitarismustheoretischer Perspektive,

aus: vorgänge Nr. 185, Heft 1/2009, S. 14-25

Politische Theorien lassen sich ebenso wenig aus dem Kontext ihrer sozialen und kulturellen Voraussetzungen lösen, wie sie nur Antworten auf Fragen geben, die sie selbst stellen. Darum ist ihre Erklärungskraft immer auch begrenzt. Dennoch stellen sie ein Regelwerk für die erklärende Erzählung offener historischer Prozesse zur Verfügung. Das gilt auch für das Totalitarismustheorem. Die langen Debatten um die Totalitarismustheorien können hier nicht nachvollzogen werden. Deren Vertreter und deren Gegner warfen und werfen sich ideologische und geschichtspolitische Manipulationen vor. In Deutschland steht dafür exemplarisch der Vorwurf, die Totalitarismustheorie stelle die Einzigartigkeit von Auschwitz in Frage, da sie Nationalsozialismus und Kommunismus gleichsetze. Im Gegenzug reicht es nicht aus, darauf zu verweisen, dass jedes geschichtliche Ereignis ohnehin singulär ist. Vielmehr sind die Totalitarismustheorien unverzichtbar, weil sie vergleichende Ansätze erschließen, ohne die eine Diktaturforschung nicht auskommen kann.

Dabei gehe ich davon aus, dass andere Theorien nicht oder kaum geholfen haben, die Krisen des Kommunismus zu identifizieren und seinen Zusammenbruch zu erklären. Das gilt wenigstens für eine Reihe von Fragestellungen, die sich auf den Aufstieg und den Verfall des Kommunismus konzentrieren. So wäre nach der Verschränkung von Stabilität und Fragilität des Kommunismus, nach der Evolution kommunistischer Systeme, nach den Machtquellen und deren Versiegen, nach dem Gegenüber kommunistischer Herrschaft zur Gesellschaft und nach dem Machtverlust in der Revolution sowie der abschließenden Institutionalisierung der Freiheit in Staat und Republik zu fragen.

Bei der Beantwortung dieser Fragen wäre Hannah Arendt als Stichwortgeberin für theoretische Erklärungen vorrangig hinzuzuziehen[1]. Sie gehört in die Reihe von Denkern, die vor ihr und nach ihr auf die sich ändernden Herausforderungen totalitärer Systeme reagiert haben. Die Totalitarismustheorie entstand Anfang des 20. Jahrhunderts als Reaktion auf die neuen antidemokratischen Bewegungen wie Bolschewismus und italienischer Faschismus, die die Macht mit neuartigen Apparaten eroberten und befestigten, wie sie auch die Massen in das neue System einbeziehen und an einer politischen Gegenbewegung hindern konnten. Mit der Etablierung des Nationalsozialismus in Deutschland entwickelte sich eine Totalitarismusforschung, die sowohl analytische Potenziale als auch normative Aspekte hatte. So ging in die Theorie das Werturteil ein, dass Recht, Würde und Freiheit des Individuums Maßstäbe politischen Handelns seien.

Eine unübersehbare Schwäche dieser Konzepte waren aber die Schwierigkeiten, die Evolution und noch weniger den Zerfall von totalitären Herrschaftssystemen aufzunehmen. Das militärische Ende des deutschen Nationalsozialismus und der über Jahrzehnte für unabsehbar gehaltene Zusammenbruch des machtpolitisch erstarkten Kommunismus legten dies nahe. Selbst die zahlreichen Aufstände gegen den Kommunismus und die dauerhafte Existenz von Widerstand und Opposition wurden nicht als endogene Faktoren innerer Schwäche betrachtet.

Der Entwurf von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski stellte als Merkmale für die Funktionsweisen der totalitären Herrschaft die Ideologie, die von einem einzelnen geführte Partei, die terroristische Polizei, das Monopol der Medien, das Waffenmonopol und die zentrale Wirtschaftsleitung heraus.[2] Die "Aussichten für eine revolutionäre Beseitigung eines solchen Regimes (seien) praktisch gleich Null"[3] Auch die inneren Bindungskräfte solcher Staatsgebilde, die den übergeschichtlichen

Geltungsanspruch ihrer Ideologie in die durch terroristische Mittel wehrlos gemachten Individuen einpflanze, wurden überschätzt. Die Beherrschten seien in ein Korsett von physischen und psychischen Abhängigkeiten gezwängt, die ihnen die gegen sie selbst gerichteten Maßnahmen als sinnvoll erscheinen und jeden Selbstbehauptungswillen ersterben ließen. Ein Musterbeispiel für diesen Ansatz bot George Orwell mit seinem Roman "1984"[4]. Auch hier war kein Anflug von einer Revolutionierung erkennbar.

Stabilität und Fragilität des Kommunismus

Auch das von 1945 bis 1953 entstandene Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" von Hannah Arendt bietet auf den ersten Blick eine statische Theorie. Der Terror, ein entscheidendes Wesensmerkmal des Totalitarismus, bewirke eine Entpersönlichung, die "Vernichtung der juristischen Person" und die "Tötung der moralischen Person"[5] des Menschen und verhindere damit jede politische Handlung. Idealtypisch sah sie dies in der KZ-Gesellschaft verwirklicht. Dieser Definition hat sie auch durch die Einschränkung des Totalitarismus auf die Stalinzeit Rechnung getragen oder über die Unmöglichkeit von Revolutionen in totalitären Staaten sprechen lassen. Allerdings findet sich schon in diesem Buch eine Fülle von dynamischen Elementen, die auf die Überwindung des Totalitarismus verweisen. Sie stellt am Ende fest, dass der Totalitarismus nichts "Bleibendes errichten" könne, und dass totalitäre Herrschaft den "Kern ihres Verderbens"[6] in sich trage.

Einen bemerkenswerten Tendenzwandel in der Totalitarismusforschung hat die ungarische Revolution 1956 bewirkt. Die Ungarn Agnes Heller und Ferenc Fehér haben Anfang der 1980er Jahre die Wirkungen dieser "antistalinistischen Revolution" auf die demokratischen linken Intellektuellen beschrieben, die sich nun in größerer Zahl vom Kommunismus abwandten. Eine der wichtigsten Botschaften war aber für Heller, dass "die ungarische Revolution von 1956 für immer den Vorstellungen von der Unzerstörbarkeit der sowjetischen Regime innerhalb der Systeme die Grundlagen entzogen habe."[7] Die Autoren wagten gar eine Prognose und sagten ein nachholendes Staatsbegräbnis für den ermordeten revolutionären Ministerpräsidenten Imre Nagy voraus. Es verging kein Jahrzehnt und das ehrenvolle Staatsbegräbnis fand als Akt der Revolution statt.

Auch Hannah Arendt war durch die ungarische Revolution tief beeindruckt. Sie entwickelte nun ihre theoretischen Ansätze weiter. Sie schrieb: "Was immer wir über das Wesen totaler Herrschaftsformen und die Methoden des totalitären Imperialismus zu wissen meinen, muss in seinem [des ungarischen Aufstandes - E. N.] Licht kontrolliert und korrigiert werden."[8] Sie hat nun auch den totalitären Charakter der Chruschtschow-Ära nach dem Tode Stalins hervorgehoben. Vor allem aber hat sie das Ende des Kommunismus gerade unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse kommen sehen. Dies war für ihre Zeit eine bedeutende intellektuelle Leistung, musste sie doch diese Annahme angesichts des völlig anders orientierten intellektuellen Mainstreams in westlichen Ländern und der ungebrochenen Machtfülle des sowjetischen Imperiums behaupten.

Arendt konnte gegen diesen Trend wenig ausrichten. Obwohl die Aufstände gegen den Kommunismus seit 1918 in der Sowjetunion und nach 1945 im besetzten Osteuropa wie auch die kommunistischen Großverbrechen, die Säuberungen, der Gulag und später die Verfolgung von Dissidenten prinzipiell bekannt waren, verabschiedeten sich in den 1970er Jahren weithin die intellektuellen Eliten in Deutschland von der Totalitarismustheorie.[9] Die Ernüchterung ergriff aber Frankreich und andere westlichen Länder. 1974 wurde die Ausbürgerung von Alexander Solschenizyn aus der Sowjetunion zu einem wichtigen Ereignis für das französische Geistesleben. Hier kam es zu einem "Gulag-Schock". Auch das Totalitarismuskonzept wurde weiter entwickelt. In der Bundesrepublik wurden wissenschaftliche Alternativen entwickelt, die manche peinliche Übernahme des Faschismuskonzeptes oder anderer ideologischer Versatzstücke der Kommunisten mit sich brachten. 1989 überrumpelte auch die Geschichtswissenschaften. Der für ideologische Einträge offene modernisierungstheoretische Ansatz im Rahmen der systemimmanenten DDR-

Forschung brach mit dem Untergang des Kommunismus "wie ein Kartenhaus zusammen"[10]. Die Fragilität des Kommunismus war nicht wahrgenommen worden.

Dem Kommunismus war sogar die Fähigkeit zur Selbstmodernisierung, ja auch zur Liberalisierung zugesprochen worden. Das sinnfällige Spiel von Tauwetter und Frost hatte seit Jahrzehnten gezeigt, dass selbst reformerische und taktische Rettungsversuche scheiterten. Die Scheinliberalisierungen waren eine verzweifelte Suche nach neuen Machtressourcen, nach einer neuen breiteren Basis der Macht. Nach jeder Lockerung, nach jeder Entstalinisierungswelle kam das Herrschaftssystem ins Trudeln und die sich dynamisierenden zentrifugalen Kräfte konnten nur durch neue Restriktionen niedergehalten werden. 1989 gelang dies nicht mehr. Mit dem letzten Rettungsversuch Gorbatschows war die Stabilitätskarte verspielt.

Jetzt erwies sich das schon totgesagte Totalitarismustheorem als höchst lebendig. Sinnigerweise haben selbst Gorbatschow und Jelzin ausdrücklich dem Totalitarismus eine Absage erteilt. Karl Dietrich Bracher, der zu den wenigen gehörte, die am Totalitarismuskonzept festgehalten hatten, verwies mehrfach darauf, dass sich die "totalitäre Natur" des Kommunismus "entgegen den Bagatellisierungen und Konvergenzprognosen falscher Entspannungsideologen schließlich im Zusammenbruch der kommunistischen Systeme noch einmal bestätigt"[11] hätten. Die Leistungsfähigkeit des Totalitarismuskonzeptes, nicht als geschlossenes Deutungssystem, wohl aber in einigen seiner speziellen Hypothesen und Ausformungen sowie in seiner deskriptiven Kraft erwies sich nun für die vergleichende Diktaturforschung als unverzichtbar.[12] Das gilt besonders für die Analyse der Untergangsszenarien.[13]

Mit der Rückkehr der Totalitarismustheorie in die politischen Wissenschaften wurde auch daran erinnert, dass einige ihrer Vertreter vorausschauend die Koordinaten beschrieben hatten, in denen sich der Niedergang des Kommunismus abspielen würde, wenn ihnen auch selbstredend die Vorstellungskraft fehlte, die realpolitischen Abläufe vorherzusagen. Jetzt wurde das Paradox von Stabilität und Fragilität bzw. von Stabilität und Revolution[14] ein Thema. Es musste erklärt werden, warum ein scheinbar hyperstabiles politisches System kollabierte. Die Totalitarismustheorie beschrieb die ausgeklügelten Herrschaftsmechanismen und -instrumente und die Verfügungsmacht über jeden einzelnen Menschen. Die Theorie konnte sich aber auch bewähren, weil sie jene internen Prozesse erklärte, die die Quellen der akkumulierten Macht versiegen ließen.

Gegenüber von Herrschaft und Gesellschaft

Theoretische Ansätze, die die unheilbaren Schwächen und Grenzen totalitärer Systeme trotz ihrer Machtentfaltung herausarbeiteten, sind mehrfach entwickelt worden, wenngleich sie auch häufig in das Reich der Spekulationen verwiesen wurden.[15] Schon Waldemar Gurian[16] hatte 1935 darauf verwiesen, dass die totale Herrschaft am realen Menschen und an den nicht einlösbaren gesellschaftlichen Zielvorstellungen ihre Anliegen verfehlen müsse. Ähnlich hat auch Hans Buchheim[17] Anfang der 1960er Jahre prognostiziert, dass der Totalitarismus durch seine inneren Widersprüche scheitern werde. Weitergehend haben diesen Verfall verschiedene französische Totalitarismusforscher beschrieben, die von einem evolutionären Bogen vom Aufstieg zum Verfall unter machttheoretischen Aspekten ausgingen. Hier wäre unter anderen Claude Lefort zu nennen, der das zumeist vernachlässigte Versiegen der Machtquellen des Kommunismus trotz des Erhaltes seiner Gewaltpotenziale bis in seine finale Krise hinein erklärt. Das kommunistische Projekt wurde danach als der Versuch gesehen, die Spaltungen der Gesellschaften, alle Differenzierungen, Klassengegensätze, kulturelle Traditionen und Individualismen aufzuheben und einen einheitlichen Gesellschaftskörper zu schaffen. Solche Vorstellungen hätten sich seit der Französischen Revolution als die wichtigste Gegenbewegung zur bürgerlichen Demokratie Raum geschaffen. Dieser Ansatz ist mit den Analysen von Hannah Arendt kompatibel, die das Entstehen und das Verschwinden von Macht in ihr späteres Totalitarismuskonzept einbezogen hatte.

In diesen totalitarismustheoretischen Konzepten spielt das Eigenleben der Gesellschaft eine zentrale Rolle. Die demokratischen Revolutionen hätten die absolutistischen Monarchien beseitigt und setzten die im Herrscher korporierte Gesellschaft in neuer Weise frei. Die Mitglieder der demokratischen Gesellschaft werden als Bürger vorgestellt, "die das Recht haben, Rechte zu haben, und die sich wechselseitig als Träger von gleichen persönlichen und politischen Freiheitsrechten anerkennen." [18] Die Macht der Gesellschaft über sich selbst würde im öffentlichen Austragen der Konflikte ausgeübt.

Die totalitären Entwürfe versuchten dagegen der Gesellschaft "wieder einen Körper zu geben" [19]. So wären nach der Eroberung der Herrschaft, erstmals nach ihrem erfolgreichen Putsch gegen die revolutionäre und sozialdemokratisch geführte Regierung 1917 in Russland, die Partei und ihre Führer zum Sinnbild einer gesellschaftlichen Einheit geworden, die in einem blutigen Homogenisierungsrausch versuchte, die mystifizierte Einheit aller mit allen in die Realität zu zwingen. Lefort bezeichnet diese politisierte Vision der Einheit von kosmischer Natur und menschlicher Geschichte und der Einheit aller Gegensätze in der Gesellschaft als "Phantasma" [20], dessen Kulissen nur mit äußerster Gewalt und einem politischen Geheimdienst aufrechterhalten werden konnte, der "zur Hauptstütze der Kulissen im Lande Fassadien" [21] wurde.

Die Ideologie begründete die angeblich von der Geschichte vorgesehene innerweltliche Einheit, die Identität von Partei, Staat und Gesellschaft, und diente der Identifikation aller Abweichungen, aller inneren und äußeren Feinde. Der Gesellschaftskörper und die ihn repräsentierende Partei wurden immerfort gesäubert, die Gesellschaftsmitglieder zu Gleichen, gleich Rechtlosen, und die Gesellschaft zur Manövriermasse in der totalen Verfügung der egokratischen Parteiführer. Hannah Arendt drückt das so aus: "Dem Terror gelingt es, Menschen zu organisieren, als gäbe es sie gar nicht im Plural, sondern nur im Singular, als gäbe es nur einen gigantischen Menschen auf der Erde, dessen Bewegungen in den Marsch eines automatisch notwendigen Natur- oder Geschichtsprozesses mit absoluter Sicherheit und Berechenbarkeit einfallen." [22]

Die ursprünglichen Machtquellen der Kommunisten beruhten auf der Faszination, die ihre Vision auf Gebildete und Benachteiligte ausübte, auf der politisierten Hoffnung einer einheitlich gefassten Welt, welche die Spaltungen und Interessengegensätze der bürgerlichen Demokratie überwinden sollte. Die Ausstrahlung des Kommunismus erreichte noch westliche Intellektuelle, als seine mörderische Energie schon entfaltet war. Die frühe Sowjetunion wurde zur Pilgerstätte der gläubigen Sozialisten aus aller Welt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, zumal nach dem Sieg über die Nationalsozialisten, fanden die Kommunisten in den von ihnen beherrschten Ländern zunächst rasch zahlreiche Anhänger und im Westen immer wieder neue Bewunderer. Die Hingabe an die Sache und der Glaube an die Versprechungen konnten dazu führen, dass die politische Gewalt als Indiz für die Größe der Aufgabe begriffen wurde.

Doch immer gab es auch Ernüchterte, Enttäuschte, Verzweifelte, Unwillige, Ungebrochene und von Wut Entbrannte. Der nicht endende Widerspruch versetzte den Kommunismus in einen latenten Verteidigungszustand. Mit offenem Terror, vorwiegend in den frühen Jahren, und manipulierter Justiz, verdeckter Steuerung, Kontrolle und Zersetzungsstrategien in der Spätzeit wurde ein Gefüge aus Unterdrückung und Selbstdisziplinierung geschaffen, das die Existenzbedingungen der realitätsfernen ideologiegeleiteten Inszenierung darstellte.

Ein politisch-ideologisches Konstrukt, das die erfahrbare Wirklichkeit abschirmte und durch die Behauptung einer fiktiven neuen Welt ersetzte, musste instabil werden, wenn es auch nur das Aufflackern des Wirklichen zuließ. Arendt hat mehrfach auf diese Instabilität [23] verwiesen und sah darin den Grund des dem Totalitarismus innewohnenden Zerstörungspotenzials. Der Kamp fzustand des ursprünglichen Herrschaftsgewinns war nur in einer "permanenten Revolution" und in der Kontrolle aller Lebensbereiche zu konservieren. "Der totalitäre Machthaber muss mit allen Mitteln die Bedingungen des Zerfalls, unter denen die Bewegung zur Macht gekommen ist, aufrechterhalten und verhindern, dass das, was er dauernd versprochen hat, wirklich eintritt, nämlich eine Neuordnung aller Lebensverhältnisse und eine neue Normalität und Stabilität, die sich auf die Neuordnung gründet." [24] Um dies zu erreichen, darf sich die totalitäre Herrschaft nicht auf die Zerstörung von Institutionen, Rechtsverhältnissen oder von ihr unabhängige soziale Beziehungen beschränken, sondern muss versuchen, die Mitglieder der Gesellschaft

derart zu "präparieren"[25], dass sie als Individuen oder gar in Zusammenschlüssen von Individuen ihr nicht gegenüberzutreten vermögen und zu keiner politischen Artikulation in der Lage sind.

Doch gerade diese angestrengte Verhinderungsstrategie erzeugte nicht nur das Dilemma einer in ihren Bewegungen gebremsten oder gar gelähmten Gesellschaft, sondern ließ für die Herrschenden und für die Beherrschten jede Individualität, jedes Eigen- und Gruppeninteresse, überhaupt alles, was nicht dem Phantasma der gesellschaftlichen Einheit entsprach, als gegen das politische System gerichtet erscheinen. Und weil eben jene absolute Verfügbarkeit, sieht man von Tötung und Massenmord ab, nicht zu verwirklichen war, installierte der Totalitarismus den Widerspruch gegen sich selbst. Das totalitäre Gebilde, ob es nun seiner idealtypischen Vollendung nahe kam oder auch nur dauerhaft die Last des unerfüllbaren totalitären Anspruchs zu tragen hatte, trug deswegen den "Keim des Untergangs" oder den "Kern seines Verderbens" schon in sich.[26] Da die kommunistische Nomenklatur der Gesellschaft als Lenker, Erzieher, Strafende und Belohnende gegenübertrat, wurde die dadurch erzeugte "Spaltung der Gesellschaft, die [sie] abzuschaffen behaupteten",[27] zu ihrem unheilbaren genetischen Defekt.

Und um der Behauptung der vermeintlichen Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder und aller Parteimitglieder willen, richteten sie immer nur eine alle repräsentierende Person auf, den Parteiführer. Und selbst wenn es zwischen den Spitzen der Partei zu Rivalitäten kam, musste schließlich der eine gefunden werden, der das Ganze darstellte. Sein Bild, seine Eigenschaften, waren im Grunde Eigenschaften des Volkes, des von der Ideologie definierten wahren Volkes. Wer den Führer, in dem die Gesellschaft symbolisch korporiert war, nicht verehrte, ignorierte oder gar beleidigte, schändete den Volkskörper. Der totalitäre Zentralismus war in seinen Folgen "nicht nur ineffizient, sondern z[um] T[eil] chaotisch; nicht nur unproduktiv, sondern ausgesprochen kontraproduktiv"[28]. Nicht einmal die Nachfolge Regularien für die Parteiführer konnten geregelt werden, und es gab keine politische, juristische oder ökonomische Entscheidung, die nicht von "oben" kam - faktisch und prinzipiell. Es gab keine überprüfbaren Verfahren zur Konfliktregulierung im sozialen Bereich und schon gar nicht in politischen Angelegenheiten. Denn nur der Parteiführer war in der Lage, den Feind von gestern zum Freund von heute und wieder zum Feind von morgen zu erklären, und nur er konnte sinnlose wirtschaftliche Großprojekte befehlen und bald darauf durch neue ersetzen. Die dem Führer nachgeordneten Kader mussten bei solchen Wendungen darauf bauen, dass sie auf einer höheren, für sie noch verschlossenen Weisheit beruhten. Die Henokratie des Parteiführers mit seiner ihm nachgeordneten Kaderpyramide war Ausdruck der "Strukturlosigkeit der totalen Herrschaft"[29] mit dem ihr eigenen Kompetenzwirrwarr der Doppel- und Dreifachstruktur der Apparate.

Auch die zahlreichen nachträglichen Versuche, in der DDR eine kryptische Vielfalt der Gesellschaft auszumachen, sprechen nicht für eine authentische soziale Pluralität, sondern für viele Strategien von Einzelnen und Gruppen, ein eigensinniges Leben zu führen, ohne als Abweichler, Spalter oder Andersdenkende aufzufallen. Sicher ist das Konzept von der "stillgelegten Gesellschaft"[30] nicht aufrecht zu erhalten. M. Rainer Lepsius etwa hatte für die Gesellschaft der DDR mit ihrer "Institutionenfusion"[31] schon in den Kirchen eine Ausnahme gesehen. Detlef Pollack sprach von der "konstitutiv widersprüchlichen Gesellschaft", die von manifesten "Spannungslinien"[32] in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur durchzogen gewesen sei. Doch die "funktionale Differenzierung" hätte nicht dazu geführt, dass diese Bereiche "die ihnen innewohnende Eigendynamik"[33] entfalten konnten. Auch das Programm "Grenzen der Diktatur" von Ralph Jessen[34] kommt über das Aufspüren von Nischen nicht hinaus. Die Alltagsforschung, repräsentiert durch Alf Lüdtke[35] und Thomas Lindenberger[36], die auf die Eigensinnigkeit der DDR-Bürger abhebt, kann nur das partielle Unterlaufen und Aushebeln politischer Ansprüche und Erwartungen markieren.

Die abgrundtiefe Spaltung zwischen der herrschenden Parteispitze und der ohnmächtigen Gesellschaft war die Regel. Eigenständiges gesellschaftliches Leben gab es nur rudimentär in kleinen Gruppen oder religiösen und kulturellen Milieus. Das fand im gesamten Ostblock auch seine sprachlichen Ausdrucksformen. Die Menschen unterschieden zwischen "ihr" und "uns", zwischen "Bonzen" und "Volk", zwischen "oben" und "unten"[37].

Diese Zweiteilung der Gesellschaften hat auf Seiten der Machtlosen ein Wir-Gefühl erzeugt, das in den

Revolutionen öffentlichen Ausdruck fand. Vergeblich waren die Versuche die Fiktion der Einheit aufrechtzuerhalten. Während die Herrschaft bemüht war, das Handeln der Gesellschaft zu kanalisieren, zu steuern und zu instrumentalisieren, legte sie zugleich die Gesellschaft als Kraftreservoir lahm. Die Herrschenden gerieten damit in einen Teufelskreis. Sie konnten diese Fiktion zu keiner Zeit aufgeben, weil sie ihre Identität darstellte. Und die Kommunisten verbrauchten zugleich mit der durch sie selbst hervorgerufenen Spaltung ihre Machtressourcen. Zwar hielten ihnen bis zum Ende des Kommunismus einige Apparate die Treue, in der DDR etwa die SED-Kader und die MfS-Mitarbeiter, als schnöde Nutznießer und zugleich als eingeschworene Gralshüter des Phantasmas. Doch gerade dadurch wurde die Spaltung der Gesellschaft unüberbrückbar und ein schleichender Machtverfall eingeleitet, der auch nicht durch innere und äußere Hochrüstung kompensiert werden konnte.

Die kommunikationslose Zweiteilung der Gesellschaft in die "einfachen, der allgemeinen Norm unterworfenen Bürger" und die "vereidigten und versorgten Bürger der herrschenden Klasse" hat 1984 den Franzosen Guy Hermet veranlasst, von einer "heimtückischen Krankheit" des Kommunismus zu sprechen. Er stellte die Hypothese auf: "Nämlich der stufenweise Verfall des Systems, bei dem Letzteres angesichts einer alles in allem separatistisch gewordenen Gesellschaft immer weniger Kontrolle über Menschen und Dinge ausübt." [38]

Vor allem hatte das Totalitarismuskonzept seine Bewährungsprobe deshalb bestanden, weil über die Beschreibung des Spaltes zwischen Herrschaft und Gesellschaft hinaus in Ostmitteleuropa Konzepte zur Kommunismusüberwindung entwickelt wurden, die politisch-strategisch umgesetzt werden konnten und die die Schwäche des Kommunismus ebenso beschrieben und beförderten, wie sie in der Widerstandsgeschichte und den Revolutionen 1989 zum Tragen kamen. Der Franzose Jacques Rupnik hatte schon 1984 auf die eigenständige Tradition der ostmitteleuropäischen Totalitarismusdebatte verwiesen, die in den 1970er Jahren zu Entwürfen führte, in denen die Eigenentwicklung der Gesellschaft gegenüber dem an Macht und Einfluss verlierenden kommunistischen Staat konzeptioniert wurde. Er schrieb: "Die Polen stellen bezeichnenderweise den Begriff der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ in den Mittelpunkt, die Ungarn die Marktwirtschaft und die Tschechen ihre Verbundenheit mit der westlichen Kultur. Anders gesagt, drei ergänzende Aspekte ihres europäischen und westlichen Erbes, die zugleich Hindernisse für die Ambitionen der totalitären Machthaber darstellen." [39]

Die ostmitteleuropäischen Denker beschrieben das Gegenüber von Gesellschaft und Parteiherrschaft, wobei der dynamische Faktor in der Gesellschaft, ihrer Kultur und Geschichte, gesehen wurde. Möglich sei eine wachsende Autonomie der Gesellschaft, so in den Entwürfen von Adam Michnik, Jacek Kuron oder Václav Havel, weil der Widerstand gegen den Totalitarismus auf ethischen Fundamenten stehe, die sich dem totalitären Zugriff entzögen. Hier wären auch die tatsächlichen Eigenbewegungen der Gesellschaft zu suchen und zu entwickeln. Oppositionelle haben in Polen, in der CSSR, in Ungarn und in der DDR, seit den 1970er Jahren Konzepte für die Rekonstruktion der Zivilgesellschaft zur Überwindung der parteiabhängigen Gesellschaft entwickelt. [40] Dies reichte von der Samisdatbewegung, den Konzepten der "Antipolitik", der "Parallelgesellschaft", der "Selbstorganisation" bis zu den Dialogkonzepten oder den basisdemokratischen Entwürfen der DDR-Opposition.

Machtkampf in der Revolution

Die machtpolitische Relevanz dieser zivilgesellschaftlichen Konzepte kam 1989 zum Tragen. Ausgeführt in ihren Revolutionsanalysen haben dies etwa Hartmut Zwahr [41], Patrik von zur Mühlen [42] und Karsten Timmer [43]. Das Aufbrechen der geschlossenen Gesellschaft erschließt sich auch, wenn unter totalitarismustheoretischen Aspekten die machtpolitische Konstellation am Beginn der Revolution betrachtet wird. Auf der einen Seite standen die Oppositionellen mit einem dialogischen Konzept. Im Aufruf des Neuen Forums (NF) vom 10. September 1989 hieß es: "In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen

Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört." In der "gegenwärtigen krisenhaften Situation" sei die Beteiligung vieler Menschen am "gesellschaftlichen Reformprozess" nötig. Dazu sollte das NF als eine gemeinsame "politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen", gebildet werden.[44] Im Aufruf von Demokratie jetzt vom 12. September 1989 klang dies so: Der "gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog" solle gesucht und durch verantwortliche Arbeit müsse ein "lebendiger Pluralismus" geschaffen werden.[45]

Auf der anderen Seite ließ der Oberbefehlshaber über alle bewaffneten Organe, Erich Honecker, das Politbüro am 12. Oktober 1989 erklären: "Wir werden auch künftig nicht zulassen, dass die Macht der Arbeiter und Bauern, dass die Werte, Ideale und Errungenschaften des Sozialismus angetastet werden [...] Deshalb ist es das Gebot der Stunde, dass sich alle [...] deutlich abgrenzen von jenen, die die Bürger für konterrevolutionäre Attacken zu missbrauchen trachten [...] Die sozialistische Arbeiter- und Bauern-Macht ist von niemandem erpressbar [...] Die Deutsche Demokratische Republik - das sind die Bürgerinnen und Bürger, die im demokratischen Bündnis unter der Führung der SED diesen Staat geschaffen haben." [46]

Hier standen sich Dialog und Drohung sowie gesellschaftlicher Pluralismus und Fiktion der Einheit von Partei und Gesellschaft gegenüber. Die einen beriefen sich auf die freie offene Rede, die anderen auf die "Macht der Arbeiter und Bauern". Die einen hatten das Wort und die anderen die Waffen. Nach Hannah Arendt hatte die Opposition allerdings die größeren Machtressourcen. Arendt band den Machtbegriff nicht an materielle, ökonomische oder militärische Potenziale, sondern allein an die Fähigkeit, Beziehungen zwischen handelnden Menschen aufzubauen. In diesem Sinne war die Erosion der Macht des Kommunismus Ausdruck der wachsenden Beziehungslosigkeit zwischen Herrschaftsapparat und Gesellschaft. Steuerungsabsichten verfehlten ihr Ziel, weil die zu Steuernden schon gar nicht mehr wussten, welchen Sinn außer der Machtbehauptung die Lenkungsvorhaben hatten. Und selbst die Versprechen der Herrschenden gingen ins Leere, weil die Adressaten nicht mehr haben wollten, was ihnen verheißen wurde. "Gerade am Machtmangel geht die Tyrannis zugrunde. Macht im echten und verlässlichen Sinne kann die Tyrannis nicht erzeugen, weil sie die Pluralität des gemeinsamen Handelns in Einstimmigkeit, das ›acting in concert‹, im Beherrschen abgeschafft hat." [47]

Und fast prophetisch mutet die Analyse von Hannah Arendt an, die auch kleinen Gruppen friedlich Handelnder Machtpotenziale zusprach: "Macht aber besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen [...] So können Volksaufstände gegen die materiell absolut überlegenen Gewaltmittel eines Staates eine fast unwiderstehliche Macht erzeugen, und zwar gerade, wenn sie sich selbst der Gewalttätigkeit enthalten, in der sie ohnehin die Unterlegenen wären [...]. Die einzige rein materielle, unerlässliche Vorbedingung der Machterzeugung ist das menschliche Zusammen selbst." [48]

Und als wichtigstes Instrument im Machtkampf verstand Arendt die Sprache, die schlechthin die Beziehungen stiften kann: "Mit realisierter Macht haben wir es immer dann zu tun, wenn Worte und Taten untrennbar miteinander verflochten erscheinen, wo Worte nicht missbraucht werden, um Absichten zu verschleiern, sondern gesprochen sind, um Wirklichkeiten zu enthüllen, und wo Taten nicht missbraucht werden, um zu vergewaltigen und zu zerstören, sondern um neue Bezüge zu etablieren und zu festigen und damit neue Realitäten zu schaffen." [49]

Die machtpolitischen Auseinandersetzungen 1989/90 wurden daher mit, um und durch die Sprache geführt. Bis heute ist ein Großteil der Erinnerung an die Revolution an Sprachereignisse geknüpft: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." "Wir wollen raus" und "Wir bleiben hier", "Wir sind das Volk" und "Wir sind ein Volk", "Ich liebe doch alle." "Der Sozialismus steht nicht zur Disposition", "Sofort, unverzüglich!", "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört." und "Überwindung der Teilung durch Teilen."

Nach Wolf Oschließ wurde die Revolution durch die Sprache vorbereitet, ausgelöst, umgesetzt und fortgeführt.[50] Peter von Polenz sprach von einer "Sprachrevolte" [51]. Die Emanzipation der Sprache war ein machtpolitischer Akt. Die Sprache der Revolution war nun nicht etwa Folge von Einsicht, intensiver

politischer Bildung, des Studiums des Grundgesetzes der Bundesrepublik oder der Befolgung guter Ratschläge. Im Sprechen selbst ereignete sich die Revolution, kam es zur Enttabuisierung des Bestehenden und zur Entdeckung neuer Möglichkeiten. Progression und Evolution der Revolution vollzogen sich in der Erweiterung des Sprachraumes. Das kommunistische Projekt war am Ende, als ihm durch Sprache und von Sprechern eine Alternative entgegengestellt wurde.

Zu verweisen wäre auch auf die Verbindung von Revolutionstheorie mit der Demokratietheorie bei Hannah Arendt. Im revolutionären Zusammenhandeln entstehen danach ursprüngliche Zusammenschlüsse, die Arendt entsprechend den Erfahrungen mit der ungarischen Revolution als "Räte" bezeichnet. Diese Räte seien gleichsam die Keimzelle neu gegründeter demokratischer Institutionen, die in die Gründung demokratischer Republiken einmünden können. Hannah Arendt unterschied zwischen der Rebellion, die die Befreiung zu bringen vermag, und der Revolution, die auf die "Gründung der Freiheit"[52] zielt. Tatsächlich entstand in der Revolution 1989 eine Vielfalt von neuen Institutionen, von den Bürgerkomitees bis zu den Runden Tischen. Diese haben auf friedliche Weise den Übergang zu Vertrag und Recht bewerkstelligt und damit letztlich die (Neu-)Gründung der Republik mit ihren die Freiheit garantierenden Institutionen ermöglicht.

[1] Zum Umgang mit Hannah Arendt vgl. Henke, Klaus-Dietmar: Menschliche Spontaneität und die Sicherheit des Staates. Zur Rolle der weltanschaulichen Exekutivorgane in beiden deutschen Diktaturen und in den Reflexionen Hannah Arendts. In: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 293-305.

[2] Friedrich, Carl Joachim; Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur. In: Jesse, Eckard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Bonn 1996, S. 230 (Nachdruck eines Aufsatzes aus dem Jahr 1968).

[3] Friedrich, Carl Joachim unter Mitarbeit von Brzezinski, Zbigniew: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957, S. 264.

[4] Orwell, George: 1984. Zürich 1950.

[5] Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/M. 1955, S. 716.

[6] Ebenda.

[7] Ebenda, S. 12.

[8] Arendt, Hannah: Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus. München 1958, S. 12.

[9] Vgl. Ackermann, Ulrike: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute. Mit einem Vorwort von Francois Bondy. Stuttgart 2000.

[10] Lindenberger, Thomas; Sabrow, Martin: Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte. In: Frankfurter Rundschau v. 12.11.2003.

[11] Bracher, Karl Dietrich: Zeitgenössische Gedanken zum Revolutionsjahr 1989. In: Ders.: Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987-1992. Stuttgart 1992, S. 31.

[12] Vgl. Schmiechen-Ackermann, Detlef: Diktaturen im Vergleich. Darmstadt 2002.

[13] Heydemann, Günther; Schmiechen-Ackermann, Detlef: Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung. In: Heydemann, Günther; Oberreuther, Heinrich (Hg.): Diktaturen in Deutschland -

Vergleichsperspektive. Bonn 2003, S. 9-54, bes. 31-35.

[14] Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989. Frankfurt/M. 1992.

[15] Dazu vergleiche die Übersicht bei Hürten, Heinz: Totalitäre Herrschaft und ihre Grenzen. In: ZfP 47(2000)2, S. 117-130.

[16] Gurian, Waldemar: Bolschewismus als Weltgefahr. Luzern 1935.

[17] Buchheim, Hans: Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale. München 1962. Dort das Kapitel: Die Grenzen totalitärer Machtentfaltung, S. 127-136.

[18] Rödel, Ulrich: Von der Totalitarismustheorie zur Demokratietheorie. Claude Lefort und Cornelius Casdoradis. In: Söllner, Alfons; Walkenhaus, Ralf; Wieland, Karin (Hg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Berlin 1997, In: Söllner; Walkenhaus; Wieland (Hg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte. S. 216.

[19] Lefort, Claude: Fortdauer des Theologisch-Politischen? Wien 1999, S. 62.

[20] Ebenda.

[21] Henke, Klaus-Dietmar: Menschliche Spontaneität und die Sicherheit des Staates. In: Suckut; Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. S. 304.

[22] Arendt: Elemente und Ursprünge. S. 736.

[23] Vgl. ebenda, S. 723.

[24] Ebenda, S. 621 f.

[25] Ebenda, S. 744 f.

[26] Vgl. Henke: Menschliche Spontaneität und die Sicherheit des Staates. In: Suckut; Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. S. 305.

[27] Gauchet, Marcel: Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen. In: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Frankfurt/M. 1990, S. 220.

[28] Ballenstrem, Karl Graf: Aporien der Totalitarismus-Theorie. In: Jesse (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. S. 242.

[29] Arendt: Elemente und Ursprünge. S. 661.

[30] Zur Diskussion um die "stillgelegte Gesellschaft" Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. In: Geschichte und Gesellschaft 21(1995), S. 99.

[31] Ebenda, S. 19.

[32] Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24(1998), S. 114.

- [33] Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000, S. 35.
- [34] Vgl. Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.
- [35] Lüdtke, Alf: Sprache und Herrschaft in der DDR. In: Ders.; Becker, Peter (Hg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 15.
- [36] Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 21 f.
- [37] Schlögel, Karl: Der renitente Held. Arbeiterprotest in der Sowjetunion 1953-1983. Hamburg 1984. S. 36.
- [38] Hermet, Guy: Vergangenheit und Gegenwart: Vom faschistischen und nazistischen Regime zum kommunistischen System. In: Jesse, Eckard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Bonn 1996, S. 196.
- [39] Rupnik, Jacques: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens. In: Jesse (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert, S. 412. Übersetzung eines Artikels aus dem Jahr 1984.
- [40] Vgl. Timmer, Karsten: Für eine zivile Gemeinschaft zivilisierter Bürger - Die ideellen Grundlagen der DDR-Bürgerbewegung 1989/90. In: Günter Heydmann, Gunter Mai, Werner Müller (Hg.). Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999 S. 51-64.
- [41] Vgl. Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1993.
- [42] Vgl. Mühlen, Patrik von zur: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft. Bonn 2000.
- [43] Timmer, Karsten: Für eine zivile Gemeinschaft zivilisierter Bürger Berlin 1999, S. 53.
- [44] Michael Arnold u.a., Aufbruch 89 - Neues Forum (Herausgegeben am 10.9. 1989. Abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin 1989. S. 13f.
- [45] Demokratie jetzt: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR. Berlin 12.9.1989 Abgedruckt in: Rein, Gerhard: 1989. S. 59-64.
- [46] Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: ND v. 12.10.1989, S. 1.
- [47] Arendt: Elemente und Ursprünge. S. 749.
- [48] Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München, Zürich 1996. S. 253.
- [49] Arendt, Hannah: Vita activa S. 252.
- [50] Vgl. Oschließ, Wolf: Vierzig zu Null im Klassenkampf? Sprachliche Bilanz von vier Jahrzehnten DDR Berlin 1990.
- [51] Polenz, Peter von: Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. In Zeitschrift für germanistische Linguistik 1993/21 S. 127-149.

[52] Arendt, Hannah: Über die Revolution. München 1974, S. 184.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/185-vorgaenge/publikation/vom-kern-ihres-verderbens/>

Abgerufen am: 09.02.2023